

Rentenpolitische Tagung 31.8.16 – Eine kurze Einführung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

„Wer Rentner quält, wird nicht gewählt!“

auf Versammlungen und in Gesprächen hören wir manchmal den Einwand:

„Eure Erklärung ist zu radikal. Wegen einer nicht erfüllten Forderung einen Politiker gleich als nicht wählbar zu beurteilen ist doch wohl übertrieben.“

Wir finden nicht, dass wir übertreiben, wir finden unsere Erklärung angemessen.

Die Rente ist unsere Lebensgrundlage, das ist keine beliebige Größe.

Was für die in Arbeit befindlichen der Lohn, ist für uns die Rente.

Stellt euch vor es gäbe einen nationalen Tarifvertrag, der die Löhne über einen Zeitraum von 30 Jahren um 25% senkt. Und stellt euch vor, die abhängig Beschäftigten in diesem Land würden das widerstandslos hinnehmen.

Ihr könnt euch das nicht vorstellen?

Ich auch nicht!

Der Teufel wäre los in dieser Republik. Es würde Streiks und wahrscheinlich sogar einen Generalstreik geben. So ein Tarifvertrag hätte kein langes Leben.

Und nun stellt euch vor, es gibt (nicht gäbe) ein Gesetz, das senkt die Renten über diesen Zeitraum um 25%. Und stellt euch vor, die Rentner nehmen es zwar mit murren aber doch so gut wie widerstandslos hin.

Ihr könnt euch das vorstellen?

Ich auch!

Denn es ist die Wirklichkeit!

Bis jetzt. Aber es muss nicht so bleiben.

Wir können nicht streiken.

Aber wir können auf den Gesetzgeber Einfluss nehmen. Und wenn wir das in einer so grundlegenden Frage wie der Rente tun, müssen wir es ernsthaft und nachhaltig tun.

Vor gut zwei Jahren haben sich IG Metall Seniorenarbeitskreise aus Schleswig-Holstein gründlich mit der Rentenfrage befasst. Dem Entsetzen über die drastische

Absenkung des Rentenniveaus und der drohenden millionenfachen Altersarmut wick die Wut und die Ankündigung:

„Politiker die nichts gegen die systematische Altersverarmung unternehmen, sind für uns nicht wählbar!“

Schnell schlossen sich dieser Erklärung andere Gewerkschaftssenioren von ver.di, IG Bau, EVG und der GEW an, von der SPD beteiligten sich 60+ Akteure. Schwerpunkt war der norddeutsche Raum.

Wir bildeten ein lockeres Bündnis und diskutierten über Koordinierungstreffen in Hamburg unser weiteres gemeinsames Vorgehen. Der „Seniorenaufrstand“ war in die Welt gesetzt.

Die Internet-Plattform www.seniorenaufrstand.de entstand und seit April 2016 wird sie ergänzt durch die Internet-Seite www.rentenpolitikwatch.de.

Auf all das auch nur grob einzugehen würde hier zu weit gehen.

Ich will auf die Berechtigung des Wortes „Aufstand“ kurz eingehen:

Das Rentenniveau, genauer die Rentenkaufkraft, ist jetzt auf den Stand von 1985 gesunken. Anders ausgedrückt: der Lebensstandard der Rentner ist um 30 Jahre zurückentwickelt worden. Und diese Entwicklung geht über die gesetzliche Rentenformel bis mindestens 2030 weiter.

Senkung des Rentnniveaus, Abschaffung gesetzlicher Sicherungsgrenzen und millionenfache prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden die Zahl der Altersarmen in wenigen Jahren auf 10 Millionen und mehr Menschen hochschnellen lassen.

Das sind keine Folgen von Naturgesetzen oder Wirtschaftskrisen, sondern Folgen einer lang angelegten Politik, die den Beinamen „neoliberal“ trägt.

Diese Politik wird den Artikel 20 des Grundgesetzes, die Bundesrepublik ist ein **sozialer** Bundesstaat, bis zur Unkenntlichkeit demontieren.

Insbesondere zu den Rechten der älteren Menschen ist die Frage aufgeworfen: Wo will diese Gesellschaft hin. Sollen die Alten nur noch als ökonomische Last behandelt werden, oder gehört nicht ausdrücklich und bewußt das Ziel „Alter ohne Not ist Grundgesetzgebot“ in die Verfassung geschrieben.

Eine ernsthafte Befassung der Petitionsinitiative, die Johannes Müllner zusammen mit weiteren 20 Hamburger DGB-Senioren gestartet hat, finde ich überfällig.

Dem Treiben der neoliberalen Politiker kann man nicht einfach nur zusehen und sitzen bleiben.

Gegen diese Politik muss man sich erheben. Wir Senioren sind aufgestanden um für unsere Rechte zu kämpfen. Dabei wird uns immer bewußter, dass **wir** mit dieser Politik nur in **zweiter** Linie gemeint sind.

Die in **erster** Linie Gemeinten sind die **jetzt Jungen**.

Ihnen wird erklärt, das Umlageverfahren der gesetzlichen Rente werde zu teuer, sie müßten selbst privat vorsorgen, wenn sie nicht in Altersarmut enden wollten.

Die private Vorsorge – Stichwort Riester – zahlen sie allein. Seit 8 Jahren sollen sie 4% von ihrem brutto zahlen. Das machen aber noch nicht einmal 25% der abhängig Beschäftigten. Und wir wissen heute: 4% reichen bei weitem nicht aus. Bei der gegenwärtigen Kapitalmarktlage müßten 8% bis 10% eingezahlt werden um die Rentenlücken, die von 2000 bis 2030 über Gesetze gerissen wurden, auszugleichen.

Im Ergebnis müssten die Jungen etwa doppelt soviel Beitrag zahlen.

Und warum?

Damit sie nicht von den Alten ausgebeutet werden!
(so steht es ja fast täglich in den Zeitungen).

Die großen Gewinner dieser absurden und verlogenen Sozialpolitik sind die Versicherungskonzerne und die Unternehmen in diesem Land. Das wird gut verschleiert und immer noch von viel zu wenigen durchschaut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Chile ist wirklich weit weg. Aber in einer Frage sind die Chilenen viel dichter an uns dran als ihr glaubt. Dort wurde vor 35 Jahren durch den Diktator Pinochet das umlagefinanzierte Rentensystem durch private Rentenfonds vollständig ersetzt.

Vor 10 Tagen demonstrierten in dem kleinen Land Chile von 18 Millionen Einwohnern über eine Million gegen die katastrophalen Folgen der Rentenprivatisierung. Die Menschen dort können nicht mehr mit verblühten Prognosen wie hierzulande abgespeist werden – sie Leben mit den Ergebnissen der privaten Rentenfonds – sie wollen und können es nicht mehr.

1 Million in Chile, das wären auf unsere Verhältnisse gerechnet rund 5 Millionen. Wenn die auf die Straße gingen – ich bin mir sicher, hier würde sich grundlegendes in der Rentenpolitik ändern.

Wir wollen versuchen die Rentenpolitik zu ändern, ohne das unerträgliche Not 5 Millionen auf die Straße drängt.

Unser Ziel ist, dass in der Politik die Weichen jetzt und nicht erst in 10 oder 20 Jahren umgestellt werden.

Das geht nur, indem wir stärker aktiv werden und es geht nur, wenn es uns gemeinsam gelingt gesellschaftliche Mehrheiten für eine solidarische Altersversorgung, die den erreichten Lebensstandard sichert und Altersarmut verhindert, gewinnen.

Erfolgreich kann das nur sein,

wenn die linken Parteien und Organisationen,

wenn die Gewerkschaften und

wenn die Sozialverbände

gemeinsame Lösungen finden und sich zu gemeinsamen Vorgehen verabreden. So ein Bündnis kann dann auch weit bis in andere, konservative, Organisation hinein wirken.

Wege dahin zu diskutieren und zu finden, ist das Ziel dieser Tagung. Wir haben dazu folgende Leitthemen vorgeschlagen:

- Wege zurück (und nach vorne) zu einer lebensstandardsichernden, umlage-finanzierten Rentenversicherung.
- Lebensstandardniveau im Alter – wie definieren, welche Größenordnung?
- Welche Instrumente/Regelungen zur Verhinderung von Altersarmut müssen geschaffen werden?
- Welche konkreten Schritte zur Erwerbstätigenversicherung sind denkbar?
- Wie kann die Finanzkraft der gesetzlichen Rentenversicherung nachhaltig gestärkt werden?
- Wie kann ein geordneter Rückbau der staatlich geförderten privaten Vorsorgewege geregelt werden?

Ich wünsche uns allen viel Erfolg dabei.